

Diskussionspapier

Forschungsgruppe Globale Fragen

Stiftung Wissenschaft und Politik

Deutsches Institut für Internationale

Politik und Sicherheit



Jörn Richert

Klimawandel und Sicherheit in der amerikanischen Politik

Diskussionspapiere sind Arbeiten im Feld der Forschungsgruppe, die nicht als SWP-Papiere herausgegeben werden. Dabei kann es sich um Vorstudien zu späteren SWP-Arbeiten handeln oder um Arbeiten, die woanders veröffentlicht werden.

Kritische Kommentare sind den Autoren in jedem Fall willkommen.

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

Diskussionspapier FG 8, 2009/05, März 2009
SWP Berlin

Inhalt

Diskussionspapier	1
Das Sicherheitsargument in der Klimapolitik	4
<i>Klimapolitik und Bedrohungswahrnehmung unter der Bush-Administration</i>	4
<i>Klimapolitik und Bedrohungswahrnehmung im Kongress</i>	5
Abb. 1: Bedeutende Gesetzesvorschläge des Kongresses zur Emissionsreduktion	6
Umwelt und Klimawandel in der Sicherheitspolitik	9
<i>Die National Defense Strategy und das Verteidigungsministerium</i>	11
<i>Der Klimawandel und die Geheimdienste</i>	12
Schlussfolgerungen	16
<i>Ein neuer Präsident – eine neue Klimapolitik?</i>	16
<i>Ansätze für die klimapolitische Zusammenarbeit</i>	18

Das vorliegende Papier wurde im Rahmen des SWP-Forschungsprojektes „Klimawandel und Sicherheit“ verfasst. Eine überarbeitete und aktualisierte Fassung wird als Beitrag zu einem von Steffen Angenendt und Susanne Dröge herausgegebenen Sammelband veröffentlicht.

Die Vereinigten Staaten wurden in den vergangenen Jahren für ihre Zurückhaltung in der internationalen Klimapolitik kritisiert. Auch in der amerikanischen Innenpolitik spielte der Klimawandel lange Zeit nur eine untergeordnete Rolle, wobei zweifelnde Stimmen dominierten. Besonders in Gesellschaft und Kongress gewannen die Befürworter einer effektiven Klimapolitik jedoch immer mehr Anhänger. Im Jahr 2007 erhielt diese Kräfte weiteren Auftrieb: Kurz nach der Publikation des Stern Reports im Oktober 2006 und parallel zur Veröffentlichung des Vierten Sachstandsberichts des Weltklimarats (IPCC) erschienen mehrere Gutachten zu den sicherheitspolitischen Auswirkungen des Klimawandels. Damit rückte die Bedrohung der nationalen Sicherheit in den Mittelpunkt der amerikanischen Klimadebatte.

Im Bericht „National Security and the Threat of Climate Change“¹ argumentieren elf hochrangige ehemalige US-Militärs, dass der Klimawandel als „Bedrohungsmultiplikator“ wirke, indem er nach Meinung der Autoren den Zerfall von Staaten fördert, einen Nährboden für Terrorismus bietet und zur Eskalation von Ressourcenkonflikten, zu Massenmigration und globalen Spannungen beiträgt. Die Autoren warnen vor direkten Auswirkungen auf militärische Operationen und Infrastruktur. Sie fordern eine volle Integration der Klimafolgenabschätzung in die Verteidigungsplanung und eine stärkere Anstrengung der USA in der internationalen Klimaschutzpolitik. In einer anderen Publikation, „The Age of Consequences“, werden bereits für eine Erwärmung von 1,3°C bis 2040 großflächige Migrationsbewegungen vorausgesagt. Darüber hinaus befürchten die Autoren, dass „Nationen auf der ganzen Welt vom Ausmaß des Wandels und schädlichen Herausforderungen überwältigt“ werden könnten.²

Die Untersuchung des US-Diskurses über die bedrohlichen Folgen des Klimawandels beschränkte sich bisher hauptsächlich auf die Nennung dieser Studien. Im Folgenden soll hingegen die Wirkung der gesteigerten Bedrohungswahrnehmung auf politische Entscheidungen untersucht werden. Zunächst wird dargestellt, welche Rolle die Wahrnehmung der Klimafolgen in der Klimaschutzpolitik spielt. Anschließend wird untersucht, wie das Thema Klimawandel in der nationalen Sicherheitspolitik der Vereinigten Staaten verarbeitet wird.

Die amerikanische Debatte über den Zusammenhang von Klimawandel und Sicherheit ist maßgeblich durch den Begriff der „nationalen Sicherheit“ bestimmt. Dabei wird jedoch nicht nur der Klimawandel, sondern auch der Klimaschutz als Gefährdung der Sicherheit betrachtet. Für die ehemalige US-Regierung unter George W. Bush und viele

¹ CNA, National Security and the Threat of Climate Change (Alexandria VA: CNA Corporation,[2007]), S. 16-18.

² Dies sei bei einer Erwärmung von mindestens 2,6°C der Fall. Vgl., Kurt M. Campbell, Alexander Lennon and Julianne T. Smith, The Age of Consequences: The Foreign Policy and National Security Implications of Global Climate Change (Washington D.C.: Center for Strategic and International Studies,[2007]), S.7, eigene Übersetzung.

Senatoren stellte die Bedrohung durch die Kosten des Klimaschutzes das entscheidende Argument in der Klimapolitik dar. Gleichwohl wächst bei vielen Senatoren die Sorge über die zu erwarteten Auswirkungen des Klimawandels – dieser Einstellungswandel ist die Triebfeder der Klimapolitik im Kongress. Er hat sich in einer Reihe ambitionierter Gesetzesvorschläge niedergeschlagen. Der Ansatz der Bush-Administration war hingegen reaktiver: Ihre klimapolitische Initiativen galten weithin als nicht ausreichend. Für ihr Handeln im Bereich der Sicherheitspolitik waren neben dem Druck der Legislative vor allem die Erfahrungen mit den Wirbelstürmen Rita und Katrina im Jahr 2005 entscheidend. Auch die Geheimdienste haben sich zunehmend mit den Auswirkungen des Klimawandels befasst. Diese Entwicklungen werden im Folgenden genauer beleuchtet. Abschließend wird aufgezeigt, welche Konsequenzen sie für die neue US-Administration haben und welche Folgen sich daraus für Deutschland und die EU ergeben.

Das Sicherheitsargument in der Klimapolitik

Klimapolitik und Bedrohungswahrnehmung unter der Bush-Administration

Nach seinem Amtsantritt erteilte George W. Bush dem Kyoto-Protokoll im März 2001 eine endgültige Absage. Wie schon sein Vater nannte er für seine ablehnende Haltung gegenüber der Klimapolitik drei Argumente: Zweifel an den wissenschaftlichen Grundlagen des Klimawandels, durch den Klimaschutz entstehende wirtschaftliche Schäden und die inakzeptable Freistellung wichtiger Schwellenländer. Die Gefährdung durch den Klimawandel wurde hingegen weder von George W. Bush, noch von George H. W. Bush hervorgehoben.

Die wissenschaftlichen Ergebnisse des Weltklimarats ließ George W. Bush noch im Jahr der Absage an das Kyoto-Protokoll überprüfen. Obwohl die Erkenntnisse von der National Academy of Sciences bestätigt wurden, betonten die Mitglieder der Administration auch weiterhin wissenschaftliche Mängel und reagierten stets äußerst ablehnend auf neue Erkenntnisse der Klimaforschung.³ Die Einstellung der Regierung zur Klimawissenschaft wurde innen- und außenpolitisch jedoch scharf kritisiert. Im Rahmen des G8-Treffens in Gleneagles gab die Regierung von George W. Bush diese Haltung schließlich auf.

Während die Administration die grundsätzliche Kritik an der Klimawissenschaft schrittweise zurücknahm, wurden die beiden anderen Argumente – wirtschaftliche Kosten und mangelnde Beteiligung wichtiger Schwellenländer – weiterhin vertreten. Diese Bedenken schienen aus Sicht der Bush-Regierung sogar manipulative Eingriffe in die wissenschaftliche Forschung gerechtfertigt zu haben. Das Committee on

³ Richard Elliot Benedick, "U.S. Climate Policy After the Presidential Election: Continuity Or Change?" In Building a Foundation for Transatlantic Climate Policy, eds. Alex Riechel and Aldo Venturelli (Lovenjo, 2005), 15-25, S. 18.

Government Reform des US-Repräsentantenhauses untersuchte mehrmals den Vorwurf, die Bush-Regierung habe wissenschaftliche Ergebnisse von Regierungsinstitutionen mutwillig verfälscht, um Zweifel an den Ergebnissen der Klimawissenschaft zu säen, und bezeichnete diese Anschuldigung als gerechtfertigt.⁴ Die oft kritisierte Klimapolitik der Bush Regierung wurde von der wahrgenommenen Bedrohung durch einen effektiven Klimaschutz dominiert. Dieser wurde als Gefährdung der ökonomischen Sicherheit und der eigenen Stärke gegenüber aufstrebenden Schwellenländern wahrgenommen. Sicherheitspolitisch relevante Klimafolgen waren hingegen für die Position der Bush-Administration nicht von entscheidender Bedeutung.

Klimapolitik und Bedrohungswahrnehmung im Kongress

Auch der Kongress stand dem Klimaschutz lange Zeit ablehnend gegenüber. Schon im Jahr 1997, während der Verhandlungen zum Kyoto-Protokoll, verabschiedete der US-Senat einstimmig die so genannte Byrd-Hagel Resolution. Diese besagt, dass der Senat kein internationales Abkommen zum Klimaschutz unterzeichnen würde, welches der US-Wirtschaft ernstzunehmenden Schaden zufügt und keine Reduktionsziele für Entwicklungsländer beinhaltet. Dem Klimawandel kritisch gesonnene Senatoren, unter anderem der republikanische Klimaskeptiker und ehemaliger Leiter des Committee on Environment and Public Works des Senats Jim Inhofe, teilen diese Position noch heute vorbehaltlos und folgen damit der Linie der Bush-Administration.

Dennoch hat sich die Zahl der Befürworter einer effektiven Klimapolitik stetig vergrößert. Die Senatoren Joe Lieberman und John McCain waren lange die treibenden Kräfte dieser Politik. Zum ersten Mal brachten sie 2003 einen Gesetzesentwurf in den Senat ein, der verpflichtende Emissionsreduktionen auf Bundesebene zur Folge gehabt hätte. Die Abstimmung im Senat ging jedoch mit 43-55 Stimmen verloren. Der Gesetzesentwurf wurde daraufhin noch zwei Mal (2005 und 2007) in leicht modifizierter Form eingebracht, fand jedoch wiederum keine Mehrheit.

Im Laufe der Zeit nahm die klimarelevante Gesetzgebungstätigkeit im Kongress stetig zu. Dies gilt besonders für den im 110. Kongress (2007-2008) unter demokratischer Mehrheit – im Vergleich zum vorherigen Kongress wurden weit mehr als doppelt so viele Gesetzesvorschläge und Resolutionen eingebracht.⁵ Unter diesen finden sich

⁴ U.S. House, Minority Staff Committee on Government Reform: "Committee Examines Political Interference with Climate Science," <http://oversight.house.gov/story.asp?ID=1214> (Abruf 12/12, 2007).; Ebd., "Prepared for Reps. Henry A. Waxman and John W. Olver: The Administration's Assault on Climate Change Science," <http://oversight.house.gov/documents/20050921131322-08678.pdf> (Abruf 10/12, 2007).; U.S. House, "Politics and Science in the Bush Administration," http://oversight.house.gov/features/politics_and_science/pdfs/pdf_politics_and_science_rep.pdf (Abruf 10/12, 2007).

⁵ 110. Kongress (2007-2009): 235 bis Juli 2008; 109. Kongress (2005-2007): 106; 108. Kongress (2003-2005): 96; 107. Kongress (2001-2003): 80; 106. Kongress (1999-2001): 25; 105. Kongress (1997-1999): 7. Vgl.: Pew Center on Global Climate Change, "Climate Action in Congress. U.S.

mehrere Vorschläge für umfassende, bundesweite und ambitionierte Emissionsgrenzen (siehe Abb. 1).

Abb. 1: Bedeutende Gesetzesvorschläge des Kongresses zur Emissionsreduktion

Initiatoren	Lieberman-Warner	McCain-Lieberman	Sanders-Boxer	Kerry-Snowe	Bingaman-Specter
Bezeichnung	Climate Security Act	Climate Stewardship and Innovation Act	Global Warming Pollution Reduction Act	Global Warming Reduction Act	Low Carbon Economy Act
Reduktionsziele	2012: 4% 2020: 19% 2050: 71% Basis (2005)	2020: 0% 2030: 20% 2050: 60% (Basis 1990)	2010: Stabilisierung 2020: 0% 2030: 20% 2050: 80% (Basis 1990)	2010: Stabilisierung 2020: 0% 2050: 62% (Basis 1990)	2012: Stabilisierung 2020 = 2006 2030 = 1990 2050: ≥ 60% (Basis: 2006, je nach internationaler Lage)

Quelle: Pew Center on Global Climate Change 2008, eigene Zusammenstellung

Das Kostenargument war auch im Kongress ein wichtiger Aspekt in der Debatte um eine effektive Klimapolitik: Deren Befürworter erkannten die Kosten des Klimaschutzes an, betonten jedoch, dass diese nicht so hoch seien wie von Kritikern befürchtet.⁶

Als Triebfeder für die große Anzahl von Gesetzgebungsvorschlägen hat hingegen die Wahrnehmung der Gefahren des Klimawandels gewirkt. Diese entwickelte sich zum Hauptargument bei nahezu allen in der Klimapolitik aktiven Senatoren und Repräsentanten. So betonte zum Beispiel Joe Lieberman bei der Vorstellung des ersten großen Klimagesetzentwurfs schon 2003: „Jede Familie [in Amerika] hat Anlass, sich vor den Effekten der Erderwärmung zu fürchten.“⁷ John McCain bezeichnete den

Climate Change Legislation,” http://pewclimate.org/what_s_being_done/in_the_congress (Abruf 1.10.2008).

⁶ Siehe zum Beispiel: U.S. Senate, "Lieberman, McCain Welcome EPA Analysis of their Climate Bill, 24.07.2007," <http://lieberman.senate.gov/newsroom/release.cfm?id=279612&&> (Abruf 01/02, 2008).

⁷ Ebd., "Statement of Senator Joseph I. Lieberman on the McCain-Lieberman Climate Stewardship Act Amendment (S. 139), 29.10.2003," <http://lieberman.senate.gov/newsroom/release.cfm?id=214240&&> (Abruf 01/02, 2008), eigene Übersetzung.

Klimawandel 2007 darüber hinaus als eine Bedrohung der nationalen Sicherheit.⁸ Senator John Warner, Mitinitiator des Climate Security Acts, betonte: „In meinen 28 Jahren im Senat habe ich mich vor allem auf das Thema der nationalen Sicherheit fokussiert und das Thema Klimawandel passt voll und ganz in diesen Fokus.“⁹ Auch bei anderen klimapolitisch aktiven Senatoren und Repräsentanten steht die Bedrohung des Klimawandels im Mittelpunkt der Argumentation. Senator Bernie Sanders z.B. thematisierte bei der Vorstellung des Global Warming Pollution Reduction Acts die „signifikante Bedrohung für die nationale Sicherheit und Wirtschaft der Vereinigten Staaten, für öffentliche Gesundheit und Wohlfahrt und für die globale Umwelt“.¹⁰ Senatorin Olympia Snowe verglich den Klimawandel mit den Anschlägen auf das World Trade Center im September 2001 und verwies auf die Zerstörungen, welche der Wirbelsturm Katrina 2005 angerichtet hat.¹¹

Die in der Kongressdebatte beschworenen Gefahren beziehen sich auf ein weites Spektrum sowohl innen- als auch außenpolitischer Phänomene. So stellte eine Gruppe einflussreicher Senatoren nach den Wahlen zum 110. Kongress fest, dass „globale Klimadesaster von beispiellosem Ausmaß, in Form steigender Meeresspiegel, zunehmend schädigenden Wirbelstürmen (so wie Katrina und Rita), zunehmenden Toten durch Luftverschmutzung und Krankheiten, bis zu weit verbreiteter geopolitischer Instabilität“¹² als Folge des Klimawandels zu erwarten seien.

Sicherheitspolitische Argumente wurden für klimapolitische Aktivitäten herangezogen. Mitglieder des Kongresses unternahmen jedoch auch spezifisch sicherheitspolitische Gesetzgebungsversuche mit Bezug auf die Folgen des Klimawandels. So wurde in Verbindung mit dem Intelligence Authorization Act 2008¹³ eine Untersuchung der Auswirkungen des Klimawandels durch die US-amerikanischen Geheimdienste

⁸ Ebd., "Press Release: Lieberman, McCain Reintroduce Climate Stewardship and Innovation Act, 12.01.2007," <http://lieberman.senate.gov/newsroom/release.cfm?id=267559&&> (Abruf 01/02, 2008).

⁹ Siehe zum Beispiel: Ebd., "Press Release: Senators Lieberman, Warner Drafting New, Bipartisan Bill on Climate Change, 27.06.2007," <http://lieberman.senate.gov/newsroom/release.cfm?id=277907&&> (Abruf 01/02, 2008), eigene Übersetzung.

¹⁰ Ebd., "Senator Sanders: Summary of the Global Warming Pollution Reduction Act (S. 309) as Introduced January 2007, 15.01.2007," <http://sanderson.senate.gov/news/record.cfm?id=269618> (Abruf 01/02, 2008), eigene Übersetzung.

¹¹ U.S. Senate, "Snowe's Statement on Scientific Report Linking Human Activity to Global Warming, 05.02.2007," http://snowe.senate.gov/public/index.cfm?FuseAction=PressRoom.PressReleases&ContentRecord_id=92cb571c-802a-23ad-4fa4-b56cbb5002c4&Region_id=&Issue_id= (Abruf 01/02, 2008).

¹² Siehe: U.S. Senate, "Boxer, Bingaman and Lieberman Ask President to Commit to Working with Congress to Fight Global Warming," <http://www.boxer.senate.gov/news/releases/record.cfm?id=265906> (Abruf 11/30, 2007).

¹³ H.R. 2082; S. 1538; blockiert durch H. Amdt. 174.

gefordert. Der Vorschlag setzte sich jedoch nicht durch. Gleiches gilt für den bisher umfangreichsten eigenständigen Gesetzesvorschlag zum Thema Klimawandel und Sicherheit, den Global Climate Change Security Oversight Act¹⁴. Dieser Vorschlag fordert neben einer Untersuchung durch die Geheimdienste weitere Maßnahmen. Hierzu gehören zusätzliche Berichte von Außen- und Verteidigungsministerium und eine Behandlung des Themas in der nächsten Bewertung der amerikanischen Verteidigungsplanung (Quadrennial Defense Review). Er wurde im März 2007 in den Senat und im April gleichen Jahres in das Repräsentantenhaus eingebracht, bis heute aber nicht verabschiedet.

Letztlich gelang die Verwirklichung einer Reihe ähnlicher Maßnahmen im Rahmen des National Defense Authorization Act 2008.¹⁵ Das Gesetz wurde im Januar 2008 vom Präsidenten unterzeichnet. Es verlangt vom Verteidigungsministerium, im Rahmen des nächste Quadrennial Defense Reviews die Fähigkeit der amerikanischen Streitkräfte zu untersuchen, auf die Auswirkungen des Klimawandels zu reagieren. Die Folgen von Extremwetterereignissen und anderen klimainduzierten Phänomenen im In- und Ausland, bei denen die Streitkräfte um Unterstützung gebeten werden könnten, sollen dabei im Vordergrund stehen. Außerdem verpflichtet das Gesetz die US-Administration sowohl in der nächsten Nationalen Sicherheitsstrategie als auch in der nächsten Nationalen Verteidigungsstrategie Leitlinien für Militärplaner in folgenden Bereichen zu erstellen:

- Bewertung von Risiken des Klimawandels für laufende und zukünftige Missionen der Streitkräfte
- Überarbeitung von Verteidigungsplänen auf Grundlage dieser Bewertungen
- Einbeziehung der Arbeit mit Alliierten und Partnern, von Klimaschutzstrategien, Capacity-Building und relevanter Forschung und Entwicklung in diese Prozesse
- Aufbau von Fähigkeiten zur Verminderung zukünftiger Auswirkungen.

Betrachtet man die Initiatoren der klima- und sicherheitspolitischen Gesetzgebung, sind zwei Gruppen von Senatoren auszumachen. Viele der in die sicherheitspolitische Gesetzgebung involvierten Senatoren spielen keine signifikante Rolle in der Klimaschutzgesetzgebung. Zu diesen gehört z.B. auch Chuck Hagel, Mitinitiator der Byrd-Hagel-Resolution von 1997.

¹⁴ H.R. 1961 eingebracht im April 2007; S. 1018: eingebracht im März 2007.

¹⁵ H.R. 4986, siehe auch H.R. 1585.

Zwar sind einige der Akteure der Klimaschutzpolitik (siehe Abb. 1) an dieser sicherheitspolitischen Dimension der Klimagesetzgebung aktiv beteiligt¹⁶, die meisten im Klimaschutz aktiven Senatoren unterstützen jedoch weiterhin Lösungsansätze, die nicht in den Bereich traditioneller Sicherheitspolitik fallen. Dies wird durch die große Unterstützung für eine Resolution des ehemaligen Senators und amtierenden Vize-Präsidenten Joe Bidens deutlich, die ebenfalls die sicherheitspolitischen Auswirkungen des Klimawandels zum Thema hat. Anders als die bisher genannten Gesetzesvorhaben ruft Biden aber dazu auf, diesen durch internationale Kooperation und eine Senkung der Treibhausgasemissionen zu begegnen. Darüber hinaus fordert die Resolution die Einrichtung einer überparteilichen Beobachtergruppe des Senats zur Begleitung internationaler Verhandlungsprozesse. Die Resolution grenzt sich damit explizit von einer hauptsächlich militärischen Bearbeitung des Themas ab. Zwar erkennt sie an, dass der Klimawandel eine Bedrohung für die Sicherheit darstellt. Doch übernimmt sie nicht die Strategien der Bedrohungsabwehr, die der traditionellen Sicherheitspolitik zur Verfügung stehen. Die Resolution wird von den Senatoren Barbara Boxer, Joe Lieberman, Jeff Bingaman, Bernie Sanders und darüber hinaus von den Senatoren Olympia Snowe und John Kerry unterstützt.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Diskussion um die Auswirkungen des Klimawandels im Kongress eine Diskussion um die Sicherheit der Vereinigten Staaten ist. Das Argument der Gefährdung amerikanischer Bürger und deren Wohlfahrt dient dabei schon seit mehreren Jahren als Rechtfertigung einer effektiven Klimapolitik. Die Wahrnehmung als ein Problem nationaler Sicherheit und die Bemühungen, sicherheitspolitische Institutionen mit der Klimafolgenforschung zu beauftragen, begannen jedoch erst im Jahr 2007. Zeitlich fällt dies mit der Veröffentlichung des Stern Reports (Oktober 2006) und der Veröffentlichung der genannten Gutachten zu den sicherheitspolitischen Auswirkungen des Klimawandels zusammen. Im Gegensatz zu der Diskussion in Europa spielt das Argument der menschlichen Sicherheit und der Verantwortung gegenüber anderen Weltregionen eine untergeordnete Rolle.

Umwelt und Klimawandel in der Sicherheitspolitik

Die Behandlung von Umweltproblemen als Sicherheitsbedrohung ist keineswegs ein neues Phänomen: Das Außenministerium stellte bereits unter Präsident Ronald Reagan fest, dass die nationalen Interessen der Vereinigten Staaten durch Umweltdegradation und Ressourcenknappheit geschädigt werden könnten.¹⁷ Dies wurde auch in der

¹⁶ Pew Center on Global Climate Change, „Proposed Bills on: National Security and Climate Change,” <http://pewclimate.org/federal/congressional-proposals/110/National%20Security%20and%20Climate%20Change> (Abruf 1.10.2008).

¹⁷ Paul G. Harris, "Environmental Security: Will Bush Follow Clinton's Lead?" *Global Change, Peace & Security* 14, no. 2 (2002), 149-157, S.150.

Nationalen Sicherheitsstrategie von 1988 festgehalten.¹⁸ Unter George H. W. Bush führte die Nationale Sicherheitsstrategie von 1991 aus, dass „die Auswirkungen [...] umweltbedingter Herausforderungen bereits zu politischen Konflikten beitragen.“¹⁹ Auch der Klimawandel wurde erwähnt. Trotz der Bezeichnung als „Top-Priorität auf der Agenda internationaler Kooperation“ wurde jedoch lediglich gefordert, den „Klimawandel zu untersuchen“²⁰.

Während der Clinton-Administration (1993 bis 2001) setzte sich diese Entwicklung fort. Bereits in der Nationalen Sicherheitsstrategie von 1995 war eine größere Bedeutung des Themas Umweltsicherheit zu erkennen. Es wurde betont, dass Konflikte um schwindende Ressourcen schon in der Gegenwart ein „sehr reales Risiko für regionale Stabilität in der ganzen Welt“ darstellten und tendenziell ernst genug seien, „die internationale Stabilität zu gefährden“. Anders als noch unter George H.W. Bush, wurde der Klimawandel gleichwertig mit anderen Umweltveränderungen erwähnt.²¹ In den folgenden Jahren gewann das Thema weiter an Bedeutung. 1997 enthielt die Sicherheitsstrategie erstmals detailliertere Ausführungen zum Klimawandel, der mit dem steigenden Meeresspiegel, der Verbreitung tropischer Krankheiten sowie häufigeren und stärkeren Unwettern in Verbindung gebracht wurde.²² Die Strategien der darauf folgenden Jahre bestätigten: „Die heute in Bezug auf die Umwelt und natürliche Ressourcen getroffenen Entscheidungen können unsere Sicherheit für Generationen betreffen.“²³ Diesen Herausforderungen sollte laut der Sicherheitsstrategie 2000 mit „diplomatischen, ökonomischen und militärischen Werkzeugen“ begegnet werden.²⁴

Über die Amtszeiten von Ronald Reagan, George H. W. Bush und Bill Clinton hinweg war eine zunehmende Einbeziehung von Umwelt- und Klimaaspekten in die sicherheitspolitischen Strategien zu erkennen. Der Amtsantritt George W. Bushs und die Entwicklungen nach dem 11. September 2001 führten hingegen zu einem Verlust der Aufmerksamkeit für umweltbezogene Sicherheitsprobleme. Diese zeigte sich auch in der Abnahme ministerieller Aktivitäten und der Kürzung von Zuwendungen.²⁵

¹⁸ National Security Strategy of 1988.

¹⁹ National Security Strategy of 1991, eigene Übersetzung.

²⁰ Ebd., eigene Übersetzung.

²¹ Ebd., S.18, eigene Übersetzung.

²² National Security Strategy of 1997, eigene Übersetzung.

²³ National Security Strategy of 1998, S.13.; National Security Strategy of 1999, S.13.; National Security Strategy of 2000, S.24.

²⁴ National Security Strategy of 2000, S.7, eigene Übersetzung.

²⁵ Rita Taureck and Geoffrey D. Dabelko, „Profile of the United States.“ In *Inventory of Environmental and Security Policies and Practices. An Overview of Strategies and Initiatives of Selected Governments, International Organizations and Inter-Governmental Organizations*, eds. Ronald A. Kingham et al. (Institute for Environmental Security: Den Hag, 2006), 113-121, S.114.

In der Nationalen Sicherheitsstrategie von 2002 fand der Klimawandel zwar Erwähnung, er wurde jedoch weder als Herausforderung, noch als Bedrohung bezeichnet.²⁶ Als Handlungsoptionen nannte dieses Dokument lediglich die gemeinhin als ineffizient und nicht ausreichend angesehenen²⁷ Klimapolitik-Initiativen der Administration. Das Nachfolgedokument von 2006 bot ein ambivalentes Bild. Einerseits wurde der Klimawandel nicht erwähnt, jedoch ging das Dokument andererseits sehr konkret auf die Problematik auftretender Umweltveränderungen ein. So ist die Rede von „Umweltzerstörungen, ob durch menschliches Verhalten oder verhängnisvolle Mega-Desaster so wie Fluten, Wirbelstürme, Erdbeben oder Tsunamis verursacht“, die in der Lage seien, „die Kapazitäten lokaler Behörden oder sogar nationaler Armeen zu überfordern und daher unter Umständen internationales Eingreifen nötig machten.“²⁸ Die „Vorbereitung auf und das Management von solchen Herausforderungen [erfordere] die volle Ausübung nationaler Fähigkeiten bis hin zu und einschließlich traditioneller Sicherheitsinstrumente.“²⁹ Dabei wurde besonders die Koordination zwischen unterschiedliche Bundesbehörden und zwischen Bundesregierung, bundesstaatlichen und lokalen Akteuren sowie dem privaten Sektor betont. Auch die Wirbelstürme Katrina und Rita aus dem Jahr 2005 fanden in diesem Zusammenhang explizit Erwähnung.³⁰ Der Kooperation im Rahmen bestehender internationaler Organisationen wurde durchaus eine gewisse Bedeutung eingeräumt, die Sicherheitsstrategie betonte jedoch, dass zumindest bei kurzfristigen Ereignissen „coalitions of the willing“ effektiver reagieren könnten.³¹

Die National Defense Strategy und das Verteidigungsministerium

Im Jahr 2003 veröffentlichte das amerikanische Verteidigungsministerium unter dem Titel „An Abrupt Climate Change Scenario and Its Implications for United States

²⁶ Lediglich das Kapitel zur Bedeutung von Freihandel und wirtschaftlichem Wachstum verweist darauf, dass diese Ziele von globalen (nicht nationalen) Bemühungen einer Stabilisierung (nicht Senkung) der Treibhausgaskonzentration begleitet werden sollte. Siehe: National Security Strategy of 2002, S.20.

²⁷ Die 2002 von Bush vorgestellte Climate Change Initiative zielt auf eine Verminderung der Treibhausgasintensität um 18% bis 2012 ab. In absoluten Zahlen bedeutet dieses jedoch eine weitere Steigerung um 14% im gegebenen Zeitraum (Odile Blanchard und James F. Perkaus, "Does the Bush Administration's Climate Policy Mean Climate Protection?" *Energy Policy* 32, no. 18 (2004), 1993-1998, S.1998.) bzw. um 30 bis 40% bei Kyoto-Basisjahr 1990. (A. C. Christiansen, "Convergence Or Divergence? Status and Prospects for US Climate Strategy," *Climate Policy* 3, no. 4 (2003), 343-358, S.346.)

²⁸ National Security Strategy of 2006, S.47, eigene Übersetzung.

²⁹ Ebd., eigene Übersetzung.

³⁰ Ebd., S. 48. Bereits der Bericht *Federal Response to Hurricane Katrina. Lessons Learned* angefertigt vom Department for Homeland Security im Auftrag des Präsidenten hatte eine ganze Reihe entsprechender Maßnahmen gefordert. Siehe: <http://www.whitehouse.gov/reports/katrina-lessons-learned.pdf> (Abruf 1.10.2008)

³¹ National Security Strategy of 2006, S. 48.

National Security“ eine Studie über potentielle Auswirkungen eines Abbruchs des Nordatlantikstroms. Die Autoren kamen darin zu dem Ergebnis, dass ein solches Szenario verheerende Auswirkungen auf die nationale Sicherheit der USA und auf die internationale Stabilität haben würde.³² Als die Studie durch einen Bericht im Magazin Fortune einer breiteren Öffentlichkeit bekannt wurde, ließ das Weiße Haus die Studie von der Internetseite des Verteidigungsministeriums und Bezüge auf das Papier aus offiziellen Stellungnahmen anderer Regierungsinstitutionen entfernen.³³

Eine Behandlung von Umweltgesichtspunkten fand ab 2006 im Zuge einer schon 2002 angestoßenen generellen Reform der Streitkräfte statt.³⁴ In diesem Zusammenhang definierte die Nationale Verteidigungsstrategie (NDS) von 2005 vier Kategorien möglicher Bedrohungen - traditionell, irregulär, zerstörerisch und katastrophal. Die letzte Kategorie ist im Hinblick auf Umweltveränderungen interessant. Zwar bezog sie sich bis 2005 lediglich auf die Proliferation und Anwendung von Massenvernichtungswaffen.³⁵ Im Jahr 2006, also nach den Wirbelstürmen Katrina und Rita, erweiterte das Verteidigungsministerium diese Dimension jedoch um den Gesichtspunkt katastrophaler Umweltphänomene.³⁶

In der National Defense Strategy von 2008 wurde dann der Klimawandel wieder ausdrücklich thematisiert. Die Strategie sagt voraus, dass „über die nächsten 20 Jahre hinweg physische Zwänge – Bevölkerung, Ressourcen, Energie, das Klima und die Umwelt – in Kombination mit schnellen sozialen, kulturellen, technologischen und geopolitischen Veränderungen für größere Unsicherheiten“³⁷ sorgen werden. Das Verteidigungsministerium solle diese Unsicherheiten daher in die strategische Verteidigungsplanung einbeziehen und die nötige Flexibilität entwickeln, um frühzeitig planen und in Kooperation mit anderen Ressorts, internationalen Partnern und Nichtregierungsorganisationen reagieren zu können.³⁸ Diese Behandlung des Klimawandels in der Verteidigungsstrategie von 2008 ist die Folge der bereits erwähnten Gesetzgebung des Kongresses. Aufgrund dieser wird das Thema auch im nächsten Quadrennial Defense Review weiter ausgeführt werden.

Der Klimawandel und die Geheimdienste

Auch die amerikanischen Nachrichtendienste beschäftigen sich mit den Folgen des Klimawandels. Dies geschah zuerst im Rahmen der „Global Trends“ Berichte, in denen

³² Peter Schwartz and Doug Randall, *An Abrupt Climate Change Scenario and its Implications for United States National Security*, 2003.

³³ Rita Taureck and Geoffrey D. Dabelko, “Profile of the United States.” S.115.

³⁴ National Security Strategy of 2002, S.29, eigene Übersetzung.

³⁵ National Defense Strategy of 2005, S.3f..

³⁶ Quadriennial Defense Review of 2006, S.6 und S.12ff., zum Verweis auf Katrina siehe S.26. siehe auch NSS 2006., S.44ff..Siehe Auch National Security Strategy of 2006 oben.

³⁷ Ebd., S.4, eigene Übersetzung.

³⁸ Ebd., eigene Übersetzung.

der National Intelligence Council (NIC) regelmäßig versucht, die entscheidende Trends für die zukünftige Sicherheitspolitik zu identifizieren. Im ersten diese Berichte von 1997 wurde die Entwicklung des sicherheitspolitischen Umfeldes der Vereinigten Staaten bis 2010 untersucht. Der Bericht erwähnt auch Umweltveränderungen, greift sie jedoch nicht systematisch auf.³⁹ Ein weiterer, ebenfalls unter der Clinton-Regierung veröffentlichter Bericht aus dem Jahr 2000 (Zeithorizont: 2015) betont hingegen, dass „die globale Erderwärmung die internationale Gemeinschaft herausfordern wird, da Anzeichen eines sich erwärmenden Klimas – so wie Rückgänge des Polareises, der Anstieg des Meeresspiegels und eine gesteigerte Frequenz von großen Stürmen – auftreten“.⁴⁰

Nach dem Amtsantritt von George W. Bush verlor das Thema auch in diesem Kontext an Bedeutung. Der dritte Bericht von 2004 (Zeithorizont: 2020) erwähnte den Klimawandel nur insofern, als dass Forderungen internationaler Partner nach einer effektiven Klimapolitik eine Gefährdung für die Vereinigten Staaten darstellen könnten.⁴¹

Ebenso wie im Verteidigungsministerium ist auch bei den Geheimdiensten in jüngster Zeit eine Wende in der Einstellung zum Klimawandel zu erkennen. So berichtete Thomas Fingar, der Vorsitzender des NIC, dass seit 2006 eine Diskussion über die Behandlung des Themas stattfindet. Im Kontext der aufkommenden Debatte im Kongress hätten sich die Geheimdienste entschlossen, ein National Intelligence Assessment (NIA) zum Thema zu erstellen.⁴² Dessen Ergebnisse wurden dem Kongress im Juni 2008 vorgestellt. Der Bericht folgert, dass der Klimawandel in den nächsten 20 Jahren weitreichende Implikationen für die Sicherheitsinteressen der Vereinigten Staaten haben werde.⁴³ Bezüglich der direkten Auswirkungen sagt der Bericht eine tendenziell positive Wirkung des Klimawandels für die USA voraus. Zwar würden stärkere und häufigere Extremwetterereignisse eine Gefahr besonders für die küstennahe Infrastruktur (Raffinerien, militärische und nukleare Einrichtungen) darstellen, diese negativen Folgen würden jedoch aller Voraussicht nach durch eine Mehrproduktion im Agrarsektor kompensiert werden. Negative Auswirkungen wären hingegen durch indirekte Wirkungszusammenhänge zu erwarten. So stellen die Geheimdienste fest: „Die Vereinigten Staaten sind auf ein reibungslos funktionierendes internationales System angewiesen, das Handelsflüsse, den Marktzugang zu entscheidenden Ressourcen so wie Öl und Gas sowie die Sicherheit ihrer Alliierten und

³⁹ National Intelligence Council: Global Trends 2010, Revised Edition 1997.

⁴⁰ National Intelligence Council: Global Trends 2015, 2000, S.32.

⁴¹ National Intelligence Council: Mapping the Global Future. Report of the National Intelligence Council's 2020 Project, 2004, S.76.

⁴² Ebd., S.1f.. Im Gegensatz zum vom Kongress geforderten NIE stützt sich dieses NIA größtenteils auf frei zugängliche Informationen und wurde in Kooperation mit externen Experten erstellt. Ebd., S.2ff..

⁴³ Ebd., S.4.

Partner sicherstellt“⁴⁴ – dieses sei als Folge des Klimawandels vielfältigen Herausforderungen ausgesetzt. Während die generelle Wirkung auf die Weltwirtschaft bis 2020 als minimal bezeichnet wird, spricht der Bericht von einer potentiellen Destabilisierung ärmerer Regionen durch negative Auswirkungen auf die Landwirtschaft, einen Anstieg des Meeresspiegels, Wassermangel, gesteigerte Migration, dadurch verbreitete ansteckende Krankheiten und die potentielle Überforderung von Staaten mit bereits verminderte Adaptionfähigkeit.

Es wird jedoch auch in diesem Kontext wieder angemerkt, dass Klimaschutz und Klimaanpassungsmaßnahmen unter Umständen zu einer größeren Gefährdung der nationalen Sicherheit werden könnten, als die Folgen des Klimawandels an sich. Diese Gefährdung entstünde durch:

- Internationale Erwartungen bezüglich der Mithilfe der USA bei humanitären Katastrophen und daraus resultierenden Einschränkungen in der Einsatzfähigkeit des US Militärs,
- Versuche von Nichtregierungsorganisationen, die völkerrechtliche Definition von „Flüchtling“ auf die Opfer von Umweltphänomenen auszuweiten,
- Versuche von Entwicklungsländern, im Rahmen des Patentschutzabkommens der Welthandelsorganisation, die Regelungen zu Urheberrechten bei „grünen Technologien“ zu lockern,
- sowie dadurch, dass nicht erfüllte Erwartungen im Hinblick auf eine konstruktive Mitarbeit im internationalen Klimaschutz die Legitimität des generellen amerikanischen Führungsanspruch gefährden könnten.⁴⁵

Der stetige Bedeutungsgewinn des Themas Klimawandel ist auch im jüngst veröffentlichten vierten „Global Trends“ Bericht (Zeithorizont: 2025) zu erkennen.⁴⁶ Dieser teilt im weitesten Sinne die Schlussfolgerungen des NIA. Beachtenswert ist, dass der Klimawandel nicht nur punktuell angesprochen wird, wie dies in den vorangegangenen „Global Trends“ Berichten der Fall gewesen war. Klimabezogene Erwägungen ziehen sich in diesem thematisch breiteren Rahmen durch beinahe alle Themenbereiche. Wie schon im NIA, wird auch die Gefährdung durch eine Erfüllung überhöhter Ansprüche an die Vereinigten Staaten erwähnt. Dieser steht jedoch die

⁴⁴ Ebd., S.7.

⁴⁵ Ebd., S.16. Die Geheimdienste planen weitere Untersuchungen zum Klimawandel. So nannte Fingar bei der Vorstellung des Berichts eine tiefgehendere Untersuchung der Auswirkung des Klimawandels auf spezifische Länder, eine Untersuchung der sicherheitspolitischen Auswirkungen möglicher Strategien des Klimaschutzes (Biokraftstoffe, Erneuerbare Energien, Carbon Capturing and Sequestration und Atomkraft) sowie die geopolitischen Auswirkungen des Klimawandels auf das Verhältnis zwischen Großmächten als zukünftige Forschungsschwerpunkte. Ebd., S. 19f.

⁴⁶ National Intelligence Council: Global Trends 2025: A transformed World, 2008.

Gefahr eines zunehmenden Anti-Amerikanismus, provoziert durch Untätigkeit in der Klimafrage, gegenüber.

Der Bericht thematisiert darüber hinaus weitere strategische Fragen, die über direkte Auswirkungen des Klimawandels hinausgehen. So ist zu lesen, dass

“die Sorgen über den Klimawandel, in den nächsten 20 Jahren signifikantere Effekte haben könnten als die physischen Effekte, die mit dem Klimawandel verbunden sind. Die Wahrnehmung einer sich schnell ändernden Umwelt könnte Nationen dazu führen, unilateral Ressourcen, Territorium oder auch andere Interessen sicher zu stellen.“⁴⁷

Darüber hinaus wird von einem Bedeutungsgewinn nichtstaatlicher Akteure im Zusammenhang mit einer an Bedeutung gewinnenden Klimapolitik gesprochen⁴⁸ und die Möglichkeit einzelner „Klima-Schocks“, d.h. unwahrscheinlicher aber potentiell zerstörerischer Ereignisse, betont. Der Bericht diskutiert in dieser Hinsicht spekulativ die Wirkung eines Hurrikans, der im Jahre 2020 New York trifft, die Stadt überflutet und u.a. die Wall Street zerstört.⁴⁹

⁴⁷ Ebd., S.54, eigene Übersetzung.

⁴⁸ Ebd., S.94.

⁴⁹ Ebd., S.57-59.

Schlussfolgerungen

Sowohl in der Diskussion der Regierungen von George W. Bush und George W. H. Bush als auch im Kongress stand das Argument wissenschaftlicher Unsicherheit stets im Vordergrund der Klimadebatte. Jedoch hat die Klimaforschung auch in den USA an Akzeptanz gewonnen. Damit ist eine größere politische Aufmerksamkeit für Bedrohungen durch den Klimawandel verbunden. Das Thema ist mittlerweile fester Bestandteil der klimapolitischen Initiativen im Kongress. Insbesondere das Jahr 2007 war geprägt durch eine starke Betonung der Folgen des Klimawandels für die nationale Sicherheit, was zu einer spezifisch sicherheitspolitischen Klimagesetzgebung im Kongress beitrug. Diese zwang die Administration zu einer intensiveren Befassung mit dem Thema.

Der US-amerikanische Diskurs zeigt dabei klare Unterschiede im Vergleich zur europäischen Diskussion. In vielen Staaten Europas, besonders in Deutschland, spielt das Argument der Verantwortung für weniger entwickelte Staaten eine große Rolle. In den Vereinigten Staaten ist die Debatte von einer stärkeren Fokussierung auf die nationale Sicherheit geprägt. Trotzdem ist der US-Diskurs in anderer Hinsicht komplexer als jener in Europa. Besonders die Diskussion über mögliche negative Auswirkungen der Klimafolgenpolitik (z.B. Überforderung westlicher Staaten durch eine Anerkennung von Umweltflüchtlingen), strukturelle Verschiebungen im internationalen System (z.B. die Verlagerung von Einfluss zu NGOs), sowie sogenannte Tipping-Points findet in den USA wesentlich offener statt.

Ein neuer Präsident – eine neue Klimapolitik?

Diese Entwicklungen werden sich auch auf die Politik des neuen neue Präsident Barack Obama und dessen Administration auswirken. So wird er das Thema Klimawandel und Sicherheit aufgrund der Bestimmungen des National Defense Authorization Act 2008 in der nächsten Nationalen Sicherheitsstrategie behandeln müssen.

Obama gehört jedoch ohnehin zu den Befürwortern einer effektiven Klimapolitik und bezeichnete den Klimawandel als „eine Tatsache, die unsere Existenz bedroht“⁵⁰. Sowohl Obama als auch Joe Biden haben bei der beschriebenen Klimagesetzgebung des Kongresses aktiv mitgewirkt.⁵¹ Während des Präsidentschaftswahlkampfes kündigte Obama an, u.a. durch die Einführung eines bundesweiten Emissionshandelssystems

⁵⁰ Obama, Barack: “Remarks of Senator Barack Obama: Real Leadership for a Clean Energy Future”, Portsmouth, 8.10.2007 (Abruf 1.11.2008, http://www.barackobama.com/2007/10/08/remarks_of_senator_barack_obam_28.php).

⁵¹ Im Falle Obamas gilt dies für den Global Warming Pollution Reduction Act und den Climate Security Act. Am ersteren wirkte auch Joe Biden mit. Beide unterstützten die Gesetzgebungsversuche als Co-Sponsoren. Als Co-Sponsoren werden Senatoren bezeichnet, die die Einbringung eines Gesetzesentwurfs in eine Kammer des amerikanischen Kongresses namentlich unterstützten.

sowie ehrgeizige Investitionen und Ziele im Bereich der erneuerbaren Energien die amerikanischen Treibhausgasemissionen bis 2050 um 80% (Basis: 1990) reduzieren zu wollen, ein Wert, der sogar die meisten Vorhaben der Legislative übertrifft.⁵² Dieses Vorhaben bestätigte er auch nach der Wahl und kündigte u.a. an, in den nächsten zehn Jahren 150 Milliarden Dollar für die Förderung umweltfreundlicher Energie bereitzustellen.

Der zukünftige Vizepräsident Biden beteiligte sich zudem aktiv an der Debatte um die klimarelevante sicherheitspolitische Gesetzgebung. Als Vorsitzender des Foreign Relations Committee des Senats ließ er mehrere Anhörungen zum Thema durchführen.⁵³ Er beteiligte sich am Global Climate Change Security Oversight Act, wirkte aber auch mit der bereits beschriebenen Resolution darauf hin, dass der Klimaschutz als Mittel zur Lösung klimainduzierter Sicherheitsprobleme verstanden wird. Auf der 45. Münchener Sicherheitskonferenz im Februar 2009, bezeichnete er einen „sich rapide erwärmenden Planeten“ als eine „der Kräfte die dieses Jahrhundert prägen“.⁵⁴ Bei gleicher Gelegenheit betonte der neue Nationale Sicherheitsberater James L. Jones, dass der Nationale Sicherheitsrat produktiv an der Klimapolitik der neuen Administration mitwirken werde. Er stellte jedoch ebenso klar, dass die Nationale Sicherheit nicht mehr lediglich Aufgabe des Verteidigungs- und Außenministeriums sei.⁵⁵

Die ersten Äußerungen und Handlungen der neuen Administration legen für die Zukunft eine positive Entwicklung im Bereich des Klimaschutzes als auch in Bezug auf sicherheitspolitisch relevante Klimafolgen für die Zukunft nahe. Jedoch ist stets zu beachten, dass „Klimawandel und Sicherheit“ in den Vereinigten Staaten auch immer den Aspekt der „Sicherheitsbedrohung durch den Klimaschutz“ mit einbezieht. So erkennt Obama zwar an, dass die Vereinigten Staaten in der Klimapolitik voran gehen müssten, betont jedoch ebenso die Notwendigkeit einer Mitarbeit von Staaten wie China.⁵⁶ Positiv hingegen ist, dass der neue Präsident Investitionen in erneuerbare

⁵² Obama, Barack. [wie in FN 50].

⁵³ League of Conservation Voters “The Environmental Facebook” Profile of Senator Joe Biden (Abruf 1.11.2008, <http://lcv.org/facebook>).

⁵⁴ Biden, Joe: “Remarks by Vice President Biden at 45th Munich Conference on Security Policy”, München, 7.2.2009 (Abruf 20.2.2009, http://www.whitehouse.gov/the_press_office/RemarksbyVicePresidentBidenat45thMunichConferenceonSecurityPolicy/).

⁵⁵ Jones, James L.: „Remarks By National Security Adviser Jones At 45th Munich Conference On Security Policy”, München, 9.2.2009 (Abruf 20.2.2009, http://www.whitehouse.gov/the_press_office/RemarksByNationalSecurityAdviserJonesAt45thMunichConferenceOnSecurityPolicy/).

⁵⁶ Obama, Barack. [wie in FN 50].

Energien im Kontext der momentanen Finanz- und Wirtschaftskrise als Lösung und nicht als zusätzliches Problem bezeichnet.⁵⁷

Ansätze für die klimapolitische Zusammenarbeit

Für deutsche und europäische Entscheidungsträger lassen die hier aufgezeigten Tendenzen folgende Schlüsse zu:

- Die Sicherheitsbedrohung durch den Klimawandel wird in den Vereinigten Staaten mittlerweile ernst genommen und in der Verteidigungsplanung berücksichtigt. Hieraus ergibt sich ein großer Informationsbedarf und starkes Kooperationsinteresse auf amerikanischer Seite. Dieses sollte von deutschen und europäischen Entscheidungsträgern genutzt werden, um neue Formen der Kooperation und der gemeinsamen Interessenbildung zu etablieren.
- In den USA wird die europäische „Klima- und Sicherheit“ Debatte im Vergleich zu eigenen Bemühungen häufig als fortgeschrittener wahrgenommen. Besonders im Bereich der von den US-Geheimdiensten betonten Klima(politik)folgen zweiter und dritter Ordnung sind aber auch aus den USA wichtige Impulse für die europäische Debatte zu erwarten. Eine Kooperation ist daher für beide Seiten lohnenswert.

Versuche, gegenüber den USA eine effektive Klimapolitik durch Sicherheitsargumente zu legitimieren, stehen hingegen vor Schwierigkeiten:

- Der Bezug auf menschliche Sicherheit und das Leiden armer Länder spielt in der US-Debatte um den Klimawandel keine entscheidende Rolle und wird daher weniger Wirkung erzielen als in vielen Ländern Europas.
- Zwar diente das Argument der Sicherheitsbedrohung besonders im Senat als ein entscheidender Antrieb für den Klimaschutz. Entsprechende Argumentationen zogen jedoch auch traditionell sicherheitspolitische Gesetzgebungstätigkeiten nach sich. Diese Reaktion gilt es bei einer Verwendung des Bedrohungsarguments zu berücksichtigen.
- Da auch der Klimaschutz häufig als Bedrohung der amerikanischen Wirtschaft und der eigenen Position gegenüber großen Schwellenländern dargestellt wird, provoziert die Fokussierung auf die Klimafolgen eine Situation, in der potentiell zwei Übel – Klimawandel und Klimaschutz – gegeneinander abgewogen werden. Besonders in Zeiten weltwirtschaftlicher Turbulenzen mag es daher angebracht sein, durch eine Betonung der wirtschaftlichen Chancen des Klimaschutzes und des Ausbaus erneuerbarer Energien dem Klimaschutz seinen Schrecken zu nehmen und damit die Position des neuen Präsidenten zu unterstützen.

⁵⁷ Obama, Barack: “President-elect promises ‘new chapter’ on climate”, Washington D.C., 18.11.2008 (Abruf 19.11.2008, http://change.gov/newsroom/entry/president_elect_obama_promises_new_chapter_on_climate_change).